

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 16. Oktober 1925.

WIENER GEMEINDERAT

als

L A N D T A G

Sitzung vom 16. Oktober 1925.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um vier Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird sodann an Stelle des verstorbenen Bundesrates Altbürgermeisters Reumann, Redakteur Max Winter (soz. dem) in den Bundesrat gewählt.

St. R. Breitner beantragt die Abänderung der Gesetzesvorlage über die Wasserkraftabgabe. Durch das Finanzverfassungsgesetz ist den Bundesländern eine Reihe von Bedingungen vorgeschrieben worden, die sich auf die Wasserkraftabgabe bezieht. Es wird künftig der Strom für Verkehrsunternehmen, Eisenbahnen, einschliesslich der Kleinbahnen von der Wasserkraftabgabe befreit sein. Die finanzielle Auswirkung tritt im Voranschlag des Stadthaushaltes nicht in Erscheinung, da die Wasserkraftabgabe keine fiskalische Steuer, sondern eine Zweckabgabe ist, die restlos für den Ausbau der Wasserkraften verwendet wird.

G. R. Angermayer (chr. soz.) beantragt, dass bei der Einholung eines Sachverständigenutachtens durch den Abgabepflichtigen die Kosten dieses Gutachtens, nur dann von den Steuerträgern getragen werden sollen, wenn er sachfällig wird. Das gegenwärtige Gesetzbürdet diese Kosten ausschliesslich dem Abgabepflichtigen auf.

St. R. Breitner erklärt, dass die Praxis gezeigt hat, dass kein einziges Mal ein solches Gutachten über die Abgabepflicht eingeholt werden musste, weil man sich bemüht hat, einvernehmlich vorzugehen. Es handelt sich dabei nur um Dinge rein technischer Natur, die allen Ermessensfragen entriekt sind. Es liegt im beiderseitigen Interesse unnütze Spesen zu vermeiden und einvernehmlich die Abgabepflicht in strittigen Fällen zu klären.

Der Abänderungsantrag wird abgelehnt und das Gesetz in beiden Lesungen unverändert beschlossen.

St. R. Breitner referiert über Ergänzungen der Gesetzesvorlage über die Fürsorgeabgabe. Die Novelle zum Finanzverfassungsgesetz bestimmt, dass bis zum 31. Dezember 1925 in allen Ländern die Gesetze über die Fürsorgeabgabe derart zu ändern sind, dass eine Doppelbesteuerung hintangehalten wird. Die Ergänzungen tragen nun dieser Novelle Rechnung.

Das Gesetz wird ohne Debatte in beiden Lesungen beschlossen.

G. R. Täubler berichtet über den Voranschlag des Wiener Fortbildungsschulfonds für das Verwaltungsjahr 1925. Der in der Vollversammlung des Fortbildungsschulrates am 26. Jänner 1925 beschlossene Voranschlag wurde mit einigen kleinen Abänderungen vom Stadtsenat als Landesregierung am 8. Oktober genehmigt. Da über die Höhe der Bundessubventionen keine Klarheit bestanden hat, liegt der Beschluss erst heute vor. Unter den Abänderungen kommt das Erfordernis für die Neu zu systemisierenden acht Stellen im Verwaltungsdienst vor, das nicht vorgesehen war. Das Erfor-

derbis für Sitzungsgelder und Studienreisen der Mitglieder und Beamten wird um 10.000 Schilling herabgesetzt. Ebenso wird das Erfordernis für ausserordentliche Dienstleistungen und Mehrarbeiten durch die Einstellung von Beamten nicht notwendig und ebenfalls um zusammen 18.264 Schilling herabgesetzt. Da die Erhöhung auf der anderen Seite der Verminderung entspricht, so ändert sich im Endergebnis nichts. Die Bundessubvention von 1.405.301 Schilling wurde für das laufende verweigert, sodass die Gemeinde Wien und die Gewerbetreibenden dafür aufzukommen haben.

G. R. Panosch (chr. soz.) erklärt, dass seine Partei nicht in der Lage ist, für den Voranschlag zu stimmen, da die Verwaltung nicht die Interessen der Gewerbetreibenden vertritt. Schon letzthin sei eine Reihe von Wünschen geäussert worden, die aber nicht erfüllt wurden. Das Dach des Fortbildungsschulratsgebäudes in der Mollardgasse sei schon seit Jahren reparaturbedürftig. Eine elektrische Uhrenanlage ist dort vorhanden, deren Kosten beträchtlich sind und von der man nicht weiss, wann ihre Einrichtung bewilligt wurde. Auch sonst fehle das Vertrauen zur Verwaltung, während der Schulzeit gestattet diese Sammlungen für die Arbeiterjugend. Es gehen unkontrollierbare Gerüchte herum, dass einem Bankhaus der Betrag von drei, ja sogar fünf Milliarden aus den Geldern des Fortbildungsschulfonds gegeben worden seien. Die Sache ist nicht klar. Nach Zeitungsberichten soll das Geld zu 25 und 30 Prozent verliehen worden sein. Da kann man nur erklären: Diese Gelder sind nicht dazu da, um Schiebergeschäfte zu unterstützen.

G. R. Beisser (soz. dem) führt an der Hand von Ziffern vor, dass das Interesse der Gewerbetreibenden leider nicht so gross ist, wie sein Vorredner behauptete. Es liefen 4.135 Anzeigen über Schulversäumnisse ein. Diese Schulversäumnisse beziehen sich nur auf jene, die mehr als acht versäumte Unterrichtsstunden umfassen. An Hand der Akten kann man nachweisen, dass von dieser grossen Anzahl nur 74 Lehrlinge belangt wurden, an 4.070 Versäumnissen aber die Lehrherren schuld waren. Bestraft wurden Meister in 2.074 Fällen, wobei diese Bestrafung sehr gering ist. Für eine versäumte Unterrichtsstunde haben die Meister 50 Groschen Strafe zu zahlen, die grössten Strafen betragen aber insgesamt nur etwa 25 Schilling, welchen Betrag die Meister gerne leisten. Nun kommt es aber vor, dass beim Gremium bei einer zwölfstündigen Unterrichtszeit so ein Lehrjunge zwei- bis dreihundert Stunden versäumt! Dass die Lehrherren wenig Interesse am Schulwesen haben, geht auch aus der geringen Beteiligung an den Schlussfeiern hervor, die jedes Jahr abgehalten werden. Es fand sich bei solchen kein einziger Vertreter der Meister ein.

St. R. Rummelhardt (chr. soz.) erklärt, dass die Meister für die Fortbildungsschulen jederzeit die schwersten materiellen und moralischen Opfer gebracht haben. Die Verdienste der christlich-sozialen Partei in Wien und Niederösterreich auf diesem Gebiete sind überragend. Heute brüsten Sie sich, heute zeigen Sie Fremden das Haus in der Mollardgasse, das Sie nicht geschaffen haben. Wenn Sie behaupten, dass die Meister die Lehrjungen davon abhalten, die Schule zu besuchen, so frage ich: Welcher Lehrhüb

lässt sich abhalten in die Schule zu gehen, wenn er wirklich will. Es ist schon möglich, dass die Meister den Schlussfeiern fern bleiben, weil diese Feiern zu parteipolitischer Agitation benützt werden. Die Lehrlinge werden bei der Aufnahme gleich in die Lehrlingssektionen genützt und von hier werden sie in die sozialdemokratische Jugendorganisation hineingetrieben. Sind die Lehrlinge nicht erreichbar, dann erfolgt die Agitation im Einvernehmen mit den Schülerräten in den Fortbildungsschulen selbst. Die gewerkschaftliche Organisation ist also nichts anderes als eine Werbebestelle für die politische sozialistische Organisation. Da müssen wir uns doch fragen, ob eine solche Wirksamkeit zu den Aufgaben der Fortbildungsschule gehört. Die Lehrlinge sollen in der Schule etwas lernen bevor sie sich politisch entscheiden und wir müssen auf das energischste gegen das Hineintragen der parteipolitischen Agitation in die Schule protestieren.

G.R. Panosch (chr. soz.) entgegnet dem Gemeinderat Beisser wenn manche Lehrherren ihre Lehrlinge nicht gerade gerne in die Fortbildungsschule schicken, so liege der Grund darin, dass die Gewerbetreibenden leider immer die Erfahrung machen müssen, dass die Burschen in der Schule verdorben werden.

G.R. Täubler verweist in seinem Schlusswort darauf, dass die Dachanlage des Fortbildungsschulgebäudes infolge verfehlter Konstruktion heuer fast vollständig erneuert werden musste. In früheren Jahren hat man mit der Ausbesserung immer wieder gezögert, weil die Fachleute sagten, wenn man einmal damit anfange, werde man wahrscheinlich das ganze Dach erneuern müssen. Die Fachleute haben Recht behalten und nun hat die Schule wenigstens drei Jahre hindurch sich mit dem alten Dach behelfen können. Bezüglich des erwähnten grossen Uberschusses ist es richtig, dass ein solcher aus den Umlagen eines Jahres tatsächlich erzielt worden ist, sodass das neue Gebäude damit erbaut werden kann. Der Uberschuss rührt davon her, dass viele Gewerbetreibende mit ihren Beiträgen seit dem Jahre 1922 im Rückstande geblieben sind und erst im Jahre 1924 diese Rückstände gezahlt haben. Die Umlagenprozente werden stets Jahr für Jahr genau errechnet und nur in der Höhe des wirklichen Erfordernisses bemessen. In der Inflationszeit bei den stets schwankenden Budget war eine genaue Errechnung naturgemäss unmöglich. Im heurigen Jahre wurden bisher keine Umlagen ausgeschrieben, es zeigen die ersten acht Monate, dass die Einnahmen zur Not die Ausgaben decken, der Bund seine Beitragsleistung

nicht abstattet, sodass dieser unterbleibende Zuschuss von vierzehn Milliarden nun zu Lasten des Gemeinderates und der Gewerbetreibenden fällt. Die Umlagen werden um vier Prozent erhöht, sohin mit siebzehn Prozent ausgeschrieben werden müssen. Zur Schulfreundlichkeit der Meister ist zu sagen, dass die grösste Anzahl der Lehrherren ein grosses Verständnis für die Fortbildungsschule bekundet (Gemeinderat Müller (chr. soz.): Hören Sie Herr Beisser! - Gemeinderat Beisser: Warten Sie doch ein wenig) Das ist namentlich bei den metallverarbeitenden Gewerben der Fall aber es gibt leider auch Gewerbe, deren Verständnis für die Schule sehr zu wünschen übrig lässt. Manche Meister lassen ihre Lehrlinge sehr unregelmässig oder gar nicht zur Schule gehen.

Die Höhe der verhängten Strafen für die Meister beträgt insgesamt 79 Millionen. Bei dieser Gelegenheit stelle ich fest, dass tatsächlich einzelne Lehrlinge bis zu dreihundert Stunden verloren haben. Weiter stelle ich fest, dass in dem Vertrag von dem Stadtrat Rummelhardt gesprochen hat, nichts von einer Beteiligung des Fortbildungsschulrates enthalten ist.

Str. R. Rummelhardt: Aber der Fortbildungsschulrat leitet die parteipolitische Agitation in der Schule.

G.R. Täubler: Sie haben von einem Vertrag gesprochen, den die Organisation und die sozialdemokratische Partei abgeschlossen haben. Ich stelle fest, dass der Fortbildungsschulrat an dieser Sache vollkommen unbeteiligt ist und wenn Sie Behauptungen aufstellen, vor allem Tatsachen vorbringen müssen. Es ist auch unrichtig, dass wir die Parteiorganisationen beraten, an die Lehrlinge können die Christlichsozialen ebenso herantreten wie die Sozialdemokraten und sie für ihre Organisationen zu gewinnen trachten. Die Schule hat damit nichts zu tun und eskann ihr niemand einen Vorwurf machen. Ihre Leistungen werden auch von auswärtigen Meistern anerkannt, Beweis dessen, dass erst gestern wieder dreissig Gesuche von Lehrherren aus St. Pölten, Mistelbach, Amstetten und anderen Orten gekommen sind, man möge doch ihre Lehrlinge von draussen in die Wiener Fortbildungsschule aufnehmen. Wir werden überlegen müssen, ob wir die auswärtigen Lehrlinge zur Ausbildung übernehmen können. Bezüglich der Behauptung, dass der Fortbildungsschulrat seine Kassenbestände in einer Bank angelegt habe, stelle ich fest, dass tatsächlich das Geld in drei Banken eingelegt wurde. Jede Institution verfährt mit ihrem Gelde so. Daraus den Vorwurf zu konstruieren, dass das Geld für Schiebergeschäfte hergegeben wird, ist wohl eine krasse Unrichtigkeit.

Der Antrag wird sodann angenommen und die Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 16. Oktober 1925. Zweite Ausgabe.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 16. Oktober 1925.

Vorsitzender G.R. Schorsch

Eröffnet die Sitzung. Es wird eine Reihe von Geschäftstücken ohne Wortmeldung genehmigt, darunter Anträge des Gemeinderates Iser auf Wasserrohrlegungen in der Siedlung Flötzersteig mit einem Kostenaufwand von 25.000 Schilling, auf Neubau eines Kanales in der Triesterstrasse mit einer Kostensumme von 90.000 Schilling, in der Ameisbachzeile mit 40.000 Schilling und auf Strassenherstellungen in der Schallein-gasse und Petzvalgasse mit einem Aufwand von 55.000 Schilling, Anträge des Gemeinderates Jenschik auf Bewilligung eines Zuschusskredites für die Verlegung einer Magistratsabteilung, des Gemeinderates Schütz auf Baulinienbestimmungen für das Siedlungsgebiet Am Schafberg und für Liegenschaften in Floridsdorf, des Gemeinderates Thaller auf Gewährung von Subventionen an die Vereinigung Wiener Mediziner und an den Österreichischen Senefelderbund, des Stadtrates Breitner auf Ausübung des Bezugsrechtes auf Aktien der Wiener Obst- und Gemüse A.G. und Ankauf von Aktien der Wiener Baustoffe A.G.

St. R. Tandler referiert über Sachhaushilfen für bedürftige Arbeitslose. Der Gemeinderat hat seinerzeit einen Kredit von zehn Milliarden zur Unterstützung der Arbeitlosen bewilligt. Von diesen sind rund sechs Milliarden Kronen ausgegeben worden, für den Restbetrag von vier Milliarden erscheint es nunmehr zweckmässig, einen Teil, nämlich drei Milliarden, zur Anschaffung von Kleidungs- und Wäschestücken zu verwenden. Es hat sich häufig ergeben, dass Arbeitslose wegen des schlechten Zustandes ihrer Kleidung vom Arbeitgeber abgewiesen wurden. Die für die Gewährung von Geldaushilfen festgesetzten Bedingungen finden sinngemäss auf diese Naturalien Anwendung.

G.R. Josef Müller (chr. soz.) weist auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Ausgabe von Kleidungsstücken entstehen werden. Ein Kleidungs- oder Wäschestück besitzt einen grösseren Wert als 200.000 Kronen, und die Bedürftigen, die mit Geld beteiligt werden, würden sich häufig zurückgesetzt und geschädigt wähnen. Redner verlangt, dass die Fürsorgeräte ihr Amt vollkommen unparteiisch versehen und die Hinausgabe einer Weisung an die Fürsorgeinstitutsvorsteher, dass jeder parteipolitischen Betonung beim Verteilen der Unterstützungen Einhalt getan wird.

St. R. Tandler meint im Schlusswort, dass man, dem Taktgefühl und der sozialen Einsicht der Vorstände der Fürsorgeinstitute überlassen könne, über die Schwierigkeit der Auswahl der Unterstützung hinwegzukommen. Was den parteimässigen Anstich betrifft, so ist festzustellen, dass früher wohl die Bedürftigen nach der Gewerkschaft gefragt wurden, der sie angehören. Daraus wurde abgeleitet, dass man sie nach ihrer Par-

teizugehörigkeit gefragt hätte. Referent erklärt, Misstände jederzeit abstellen zu wollen, wenn sie ihm bekanntgegeben werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

St. R. Speiser berichtet über einige Abänderungen der Arbeitsverträge der städtischen Strassenbahnen. Diese betreffen besonders die Bezüge der dienstälteren Strassenbahner. Die Endbezüge wurden nämlich stärker als die Anfangsbezüge reguliert. Auch die Ansätze der Pensionen wurden gehoben. Bei den dienstjüngsten Schaffnern beträgt die Erhöhung 8'15 Schilling, bei den ältesten 33'56 Schilling. Die Erhöhung beträgt insgesamt 5'5 Prozent des Gehaltssatzes.

G.R. Lehninger (chr. soz.) polemisiert länger gegen die Erhöhung des Tarifes, die angeblich wegen der Forderungen der Strassenbahner notwendig geworden sei. In Wirklichkeit aber ihre Ursache in dem kostspieligen Wähltschlager der elektrischen Stadtbahn hat. Diese Tarifierhöhung ist die dritte seit elf Monaten und beträgt zwanzig Prozent. Wie gross das Defizit der Stadtbahn ist kann man nirgends erfahren. Betrachtet man aber die Sache näher, so sieht man, dass Sie dabei wieder ein gutes Geschäft machen. Sie nehmen durch diese Erhöhung weit mehr als das Vierfache dessen ein, was Sie den Bediensteten geben. Diese Bediensteten aber wollen ja gar nicht den Kollektivvertrag, sie wollen nach dem Schema entlohnt werden. Im übrigen aber nützen Sie die Arbeitskräfte unerhört aus. Die Extraturen werden nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten eingeteilt und es scheint, dass die Direktion gar nichts mehr zu reden hat, sondern nur die Vertrauensmänner in den Bahnhöfen. Diese Leute aber brauchen kein Schema, denn sie verdienen an Extraturen zwei-einhalb Millionen Kronen allein. Wir müssen hier wieder fordern, dass mit diesem unmöglichen System endlich einmal gebrochen wird.

Von einer Erhöhung der Pensionsbemessungsgrundlage für die Strassenbahnbediensteten ist auch heute keine Rede. Es bleibt bei den siebenzig Prozent, obwohl die Bundesbahnen seit 1. Jänner neunzig Prozent zahlen. Ich stelle daher den Antrag, dass der Gemeinderat beschliessen wolle, dass die Pensionsbemessungsgrundlage der Bediensteten und Arbeiter der städtischen Strassenbahnen von siebenzig auf neunzig Prozent erhöht werde. Schliesslich muss auch über die Benachteiligung der Unfallrentner bei der Strassenbahn gesprochen werden. Sie rechnen die Pension in die Unfallrente ein, sodass eigentlich der Unfallrentner nicht die geringste Entschädigung für den erlittenen Unfall bekommt. Das ist ein himmelschreiendes Unrecht, dass sie mit Hilfe ihrer willfährigen Vertrauensmänner begehen. Ich stelle daher den Antrag, dass die Satzungen der Pensionskasse der Strassenbahnbediensteten derart geändert werden, dass diese Bestimmung ausser Kraft tritt. Wir verlangen, dass bei der Strassenbahn endlich die einseitige parteipolitische Behandlung der Bediensteten aufhört.

G.R. Holoubek (chr. soz.) kritisiert, dass nur der Freie Gewerkschaftsverband bei den Verhandlungen über die Bezugserhöhung zugezogen worden ist. Diese Organisation hat bei dem Fahrpersonal längst keine Mehrheit mehr, weshalb auch energisch dagegen protestiert werden muss, dass bei den Anstellungen

nur sie gehört wird. Das ist eine Faschistenmoral und Sie haben daher gar kein Recht gegen die Monopolstellung der Faschisten in Italien zu protestieren, weil sie es selbst nicht anders machen.

Stadtrat Rummelhardt (chr. soz.) erklärt, dass es selbstverständlich sei, dass die Minderheit auch für diese Vorlage stimme, weil sie den Strassenbahnern eine bessere Lebensmöglichkeit sichern wolle. Wenn man aber die Ereignisse der letzten Zeit vordrüberziehen lässt, dann kann man begreifen, dass die Freude an dieser Lohnerhöhung bei den städtischen Bediensteten nicht recht aufkommen kann. Es hat nämlich der Bürgermeister in einer Versammlung von Wehrmännern Worte gesprochen, die ein System zu inaugurieren scheinen, dass auf Unterdrückung aller Nichtsozialdemokraten aufgebaut ist. Seitdem Deutsch nicht mehr Heeresminister ist, wird der gegenwärtige Heeresminister nur mehr in der sozialdemokratischen Blättern der Blut-Faunois genannt. Es hat nämlich eine Reihe von Wehrmännern Selbstmord geübt. Liebe und Schulden waren die Hauptursachen. Was würden Sie sagen, wenn wir wegen der Selbstmorde in den städtischen Versorgungsanstalten von einem Blut-Tandler sprechen würden? Der Selbstmord ist so etwas schreckliches, dass nur Menschen, die nicht mehr normal sind, ihn begehen können. Daher ist niemand dafür verantwortlich zu machen. Nun hat der Bürgermeister in dieser Soldatenversammlung eine Reminiszenz über die Vergangenheit gehalten. Er hat dort gesagt, dass in der Wiener Stadtverwaltung unter Lueger das System von Zuckerbrot und Peitsche geherrscht hat. Nun, heute haben wir das System der Massenbeförderungen, das es damals nicht gegeben hat. Der Bürgermeister hat dann auch das Luegerwort wiederholt: Sozialdemokraten werden bei der Gemeinde nicht angestellt. Nun, Speiser hat das Wort geprägt: Monarchisten werden nicht angestellt! Ich gebe beiden recht. Die Monarchisten sind eine Partei, die nicht auf dem Boden der gegenwärtigen Verfassung stehen. Aber auch die Sozialdemokraten sind in der Monarchie nicht auf dem Boden der Verfassung gestanden, sondern haben sich immer als Republikaner ausgegeben. Aber Bürgermeister Seitz hat ein noch weit schärferes Wort gebraucht. Er hat die angeblichen Schikanierungen von Wehrmännern gegewaltigt und erklärt, dass die Sozialdemokraten, dort wo sie verwalten, Vergeltung üben werden. Wir wissen, dass schon heute Nichtsozialdemokraten bei der Gemeinde gemassregelt werden.

G.R. Weigl (Sozialdemokrat): Sie müssen Beweise bringen!

Stadtrat Rummelhardt: Gut! Ich bleibe gleich bei den Strassenbahnern. Kennen Sie nicht den Fall Feimann vom Strassenbahnhof Vorgarten, der entlassen wurde, weil er in der Verdammlung der Frontkämpfer gesprochen hat? Oder der Tischler Krecmar? Oder die Schaffner Holzer, Riedel, Eberl und Schwarzer, die niemals befördert wurden, weil sie Mitglieder der christlichen Gewerkschaft sind? Der Strassenbahner Friebl wurde als Schwerkranker versetzt und liegt jetzt totkrank im Spital. Dem Bürgermeister ist also in dieser Versammlung eine Art Entgleisung passiert, als er sagte, dass es ihm leid täte, wenn das geschehen müsste. Die städtischen Angestellten haben längst nicht gegen Schikanen jenen Schutz, wie ihn die Wehrmänner besitzen. Schliesslich hat das der Bürgermeister gesagt und es ist ein grosser Unterschied zwischen dem, was der Bürgermeister und was der Nationalrat Leuthner sagt.

Bürgermeister Seitz: Nicht der geringste! Zwischen dem, was der Nationalrat Leuthner und der Nationalrat Seitz spricht, ist kein Unterschied!

Stadtrat Rummelhardt: Wenn der Bürgermeister und Landeshauptmann, der ein Gelöbnis der unparteiischen Amtsführung abgelegt hat, von Repressalien spricht, dann muss man untersecheiden.

G.R. Preyer (chr. soz.): Ein Terrorbürgermeister ist das!

Stadtrat Rummelhardt: Ich kann daher nur glauben, dass mit diesem Wort dem Bürgermeister eine Entgleisung passiert ist.

Bürgermeister Seitz: Nicht im entferntesten!

Stadtrat Rummelhardt: Wenn Sie diese Wort wahr machen wollen, dann kommen wir zu einem Zustand, wo sich ^{jede} geordnete Verwaltung aufhört. Es wäre besser gewesen, wenn der Bürgermeister in diese Versammlung nicht gegangen wäre, wenn er weiss, dass er sich nicht bezähmen kann. Der Bürgermeister darf diese Worte nicht sprechen, weil er dadurch die Ehre und das Ansehen des Gemeinderates im In- und Ausland schwer schädigt. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit. Grosser Lärm bei der Mehrheit.)

Bürgermeister Seitz erklärt, er wolle nur über die seine Person betreffenden Bemerkungen des Gemeinderates Rummelhardt sprechen, und fährt dann fort: Jedes Wort, das ich in der betreffenden Versammlung gesagt habe, und das in unserem Parteiorgan verlautbart worden ist, halte ich bis auf einen Druckfehler aufrecht. Ich habe gesagt, dass die Schikanierung einzelner Personen innerhalb des Heeres, einzelner Offiziere, die pensioniert werden, wenn sie nicht politisch gefügig sind, dass diese persönlichen Verfügungen und die Ausnützung des Amtes für parteipolitische ^{Zwecke} und persönliche Zwecke ein Ende nehmen müssen. Es liegt mir natürlich ferne, die ganze Regierung für die politische Unanständigkeit eines christlichsozialen Ministers verantwortlich zu machen. (Stürmische Protestrufe bei den Christlichsozialen: Hier wird nur verdächtigt und nichts bewiesen.) Der Herr Gemeinderat Rummelhardt war selbst so liebenswürdig festzustellen, dass ich damals natürlich nicht als Bürgermeister gesprochen habe, sondern als Politiker. Niemand wird mir nachweisen können, dass ich jemals, sei es als Präsident des Nationalrates, sei es als Bürgermeister, meine absolute Unparteilichkeit und Objektivität irgendwie verletzt hätte. Oft muss ich Entscheidungen treffen, die mir persönlich durchaus nicht zusagen, denn ich habe ^{es} gesetzte zu handhaben. Aber so sehr ich einerseits dafür bin, dass sich jeder in einer solchen Funktion ^{Reserven} auferlegt, so sehr bin ich andererseits dafür, dass jedermann, unbekümmert, was er ist, in welcher Stellung er sich immer befindet, die absolute Freiheit des Wortes haben muss, wenn er als freier Bürger spricht. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Ich habe also eine Konstatierung vorgenommen und gesagt: Wenn die Christlichsozialen es so machen, wo sie an der Macht sind, ob im Heeresministerium oder in ~~dem~~ ^{den} ~~Ämtern~~ ^{Ämtern}, und alle Proteste und alle Hinweise auf die Staatsgrundgesetze nichts nützen werden die Sozialdemokraten dort, wo sie an der Macht sind, zu denselben Mitteln greifen müssen. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Das ist eine Diagnose, die ich heute noch aufrechterhalte. (Erneuter Beifall bei der Mehrheit.) Halten Sie es denn praktisch für möglich, dass sich ein Mensch von dem anderen täglich provozieren und schikanieren lässt und noch die rechte Backe kinnhält, wenn man die linke geschlagen hat? Solche Christen sind selbst wir Sozialdemokraten nicht. Denn es ist auch psychologisch unmöglich. (Zur Minderheit gewendet, mit erhobener Stimme) Sie können doch nicht glauben, dass ein solcher Zustand auf die Dauer für eine grosse Partei erträglich ist. Und daher sage ich noch einmal: Wenn dieser Zustand nicht aufhört, so wird die selbstverständliche Folge sein, dass die anderen dasselbe machen (Stürmische Unterbrechungen bei den Christlichsozialen und zahlreiche Zwischenrufe, die im Lärm unverständlich bleiben.) Einen solchen Zustand würde ich unendlich bedauern. Erstens aus einem inneren Parteigrund, weil in meiner Partei ohne Unterschied alle der Meinung sind, dass es notwendig ist, das politische Recht des Einzelnen und seine absolute Freiheit zu achten. (Neuerlicher, grosser Lärm bei den Christlichsozialen.)

Als der Lärm sich wieder gelegt hat fährt der Bürgermeister fort: Ich würde es zweitens deswegen sehr bedauern, weil dadurch das ganze öffentliche Leben in Oesterreich geradezu vergiftet werden würde und drittens, weil so etwas demoralisierend wirkt. Ich habe nicht umsonst Jahrzehnte hindurch gegen das verwerfliche System der politischen Korruption und der politischen Massregelungen unter Lasger angekämpft, als dass ich es heute gut heissen könnte, aber ich sehe ^{andererseits} ~~offenen Auges~~, dass es umgänglich und unerträglich für andere ist, immer zuzusehen und ruhig zu dulden, dass ihre Parteiangehörigen gemassregelt werden. Deshalb habe ich den Minister gewährt, dieses System fortzusetzen. Herr Vaugoin hat in dieser Versammlung seinen eigenen Berichtsstatter gehabt. Er wusste also ganz genau, dass der Offizier, der sich bei mir beschwerte, meine ehrenwörtliche Zusicherung hatte, seinen Namen nicht zu nennen. Darauf hatte Herr Vaugoin seine Taktik aufgebaut und erklärt, wenn ich den Namen nicht nenne, sei ich ein Verleumder. (Entrüstung bei der Mehrheit.)

G.R. Thaller (soz.-dem.) zu den Christlichsozialen: Schöne Minister habt Ihr! (Gegenrufe bei den Christlichsozialen.) Das ist echt jesuitisch.

Bürgermeister Seitz: Es hiess den Jesuiten Unrecht tun, wenn man ihnen nach sagte, dass ihre Methoden an die des Herrn Vaugoin heranreichen. Der Herr Vaugoin kann über mich sagen, was er will, er kann mich beschimpfen, wie er will, keines seiner Schimpfworte reicht mir auch nur an die Knöchel. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Pfuirufe bei den Christlichsozialen.) Ich kann also nur zusammenfassen sagen und zwar nicht als Bürgermeister sondern als sozialdemokratischer Gemeinderat, wir halten an unserem Grundsatz, dass jedes Angestellter der Gemeinde das volle freie Recht des Bürgers hat, dass niemand in seiner Stellung eine Massregelung aus politischen Gründen erfahren darf und dass wir als sozialdemokratische Partei darauf bestehen werden, dass unsere Funktionäre sich nach wie vor an diesem Grundsatz halten. Das hat aber zur Voraussetzung, dass gleiches Recht für alle Parteien besteht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.)
Stadtrat Kunschak (christ.-soz.)

Ich kann mir das Verhalten des Bürgermeisters nur psychologisch erklären, er steht offenbar unter dem Eindruck eines

Phantasiegebildes, das es natürlich in Wirklichkeit nicht gibt. Im Uebrigen aber hat der Bürgermeister als Nationalrat Gelegenheit dort seine Beschwerden vorzubringen. Ich stelle nur fest, dass es sehr schwer ist, zu unterscheiden, in welcher Eigenschaft der Bürger Seitz spricht: Ob als Nationalrat, als Bürgermeister, oder als Parteimann. Wenn von der Ausübung von Repressalien gesprochen wird, so ist jedem klar, dass der Bürgermeister als Nationalrat wenig Repressalien machen kann. Die Angestellten der Stadt empfinden diese Worte aber aus dem Munde des Bürgermeisters als eine Drohung. Die Minister haben auch gar keinen Anwalt nötig, über das, was der Bürgermeister gesprochen hat, zu urteilen überlassen wir der Öffentlichkeit. (Lebhafte Pfuirufe bei der Minderheit grosser Lärm.)

St. R. Speiser kommt im Schlusswort auf die einzelnen Bemerkungen der Redner zurück und führt darunter aus: Wenn der Herr Gemeinderat Lehninger sich darüber wundert, dass die Lohn-erhöhungen eine Regulierung der Tarife nach sich zieht, so ist dies selbstverständlich. Man darf aber nicht vergessen, dass auch die Materialpreise erheblich im Preis gestiegen sind. Wenn er einen Vergleich zieht zwischen der 20prozentigen Erhöhung des Tarifes und einer 2prozentigen der Gehälter, so ist dies unverständlich, da man nicht den Prozentsatz der Steigerung im Preise der Fahrkarten mit dem Prozentsatz der Erhöhung der Gehälter unmittelbar in Beziehung setzen kann. Das Verlangen nach einem Schema, fordert die Frage, was Sie sich unter einem Schema vorstellen. Darunter kann man sich nur eine Art Dienstordnung und eine Art der Reihung in der Vorrückung vorstellen. Dies ist jedoch vorhanden. Was den Fall der Extraturen betrifft, so ist mir bis jetzt kein Fall bekannt gegeben worden.

Wenn der Herr Gemeinderat Holoubek von einem in der Gemeinde herrschenden Faschismus spricht, so hat er damit eine überraschende Entdeckung gemacht. Der angezogene Fall beweist gerade, das Gegenteil, da bei uns von einer Unterdrückung nicht gesprochen werden kann.

Die Bemerkungen des Stadtrates Rummelhardt über die Soldatensebstmorde kann ich durch folgendes widerlegen: Zu mir kommen ununterbrochen Wehrleute ins Rathaus und erklären, dass sie es nicht mehr aushalten können, dass sie das Leben überhaupt verdrissen. Was die einzelnen Strassenbahner betrifft, so kann ich sofort über einige davon Näheres sagen. Von Ihnen werden sie als Muster der Drangsalierung hingestellt. Riedel war Hilfsarbeiter in "ernal. Als wir Personal für die Stadtbahn brachten, wozu wir natürlich nicht neues und ungeschultes verwenden konnten, zogen wir aus den verschiedenen Bahnhöfen die Leute zusammen. Viele davon gingen nicht gerne zur Stadtbahn, weil sie eine Einbusse ihres gewöhnlichen Verdiensteinganges, mit dem sie alltäglich rechnen konnten, befürchteten. So wurden manche auf die Stadtbahn transferiert, darunter auch zwei oder drei, die nicht der Freien Gewerkschaft angehören. Das ist nun bei Ihnen eine unerhörte Drangsalierung. Wir können leider nicht für Strassenbahner ein Privileg der Unversetzbarkeit einführen. Auch der Fall Schwarzer ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Christlichsozialen seit Jahren von uns drangsalirt werden. Dieser Mann sitzt auf einem der grössten Bahnhöfe in Wien vollkommen unbelästigt, obwohl wir seine rege Parteithätigkeit kennen. Mit dem Fall des Tischlers Kreomar kann ich auch aus meiner Registratur dienen. Dieser Mann wollte seine Pensionierung erreichen. Nach mehreren

Der frühere englische Premierminister bei Bürgermeister Seitz. Das Mitglied der englischen Arbeiterpartei, der frühere englische Premierminister Ramsay Macdonald besuchte heute nachmittags in Begleitung von Lord Arnold den Bürgermeister Seitz im Rathaus. Die Unterredung währte ungefähr eine Stunde, worauf Bürgermeister Seitz die Herren in ihr Hotel begleitete.

Vergehen wurde er entlassen, brachte ein Gnadengesuch an den Senat ein, das dieses Entlassen in die Pensionierung umwandelte. Auch Herrn Feimann kenne ich sehr gut. Ich lernte diesen Mann näher kennen, er war seinerzeit als Volkssänger bei der Armee und im Hauptquartier sehr beliebt. Dieser Mann hielt nun in einer Versammlung, die unter dem Vorsitze nicht gerade des hervorragenden der Monarchisten stattfand, reden. Von der Disziplinarkommission seiner eigenen Kollegen wurde er zur Dienstentlassung verurteilt. Ich selbst empfand diese Bestrafung für zu streng und verwendete mich für ihn. Ich verschaffte ihm wieder Arbeit bei der Stadt Wien. Das ist wieder ein Fall, wie solche Leute bei uns gemässregelt werden. Niemand kann behaupten, dass bei der Gemeinde Wien die Angestellten parteimässig behandelt werden. Siehen Sie doch lieber "ergleiche zwischen jetzt und einst, wie damals die Strassenbahner, die Lehrer und Angestellten behandelt werden sind. Wir können vielmehr hier wieder sagen, dass niemals in dieser Stadt ein so unparteiisches Regiment wie heute geführt worden ist (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen und die beiden Anträge des Gemeinderates Lehninger abgelehnt.

Vizebürgermeister Bemarling berichtet eingehend über die Fahrpreise auf den Strassenbahnen und auf der Stadtbahn. Bei dieser Tarifierhöhung handle es sich nicht um eine Hinaufsetzung schlechthin, sondern um eine seit langem notwendig gewordene Angelegenheit. Schon bei der letzten Tarifierhöhung am 1. Dezember 1924 wurde eigentlich ein Tarif von 2.100 Kronen verlangt, weil man mit dem 2000 Kronentarif nicht das Auslangen finden zu können glaubte. Wir haben schon aus dem Jahre 1924 einen Abgang, der sich im laufenden Jahre noch gesteigert hat. Die Mehrausgaben müssten aber eigentlich noch einen höheren Tarif nach sich ziehen. Wir begnügen uns aber nur mit dem unbedingt Notwendigen. Redner behandelt nun die einzelnen Tarife und Karten und führt die Ermässigungen oder Erhöhungen im einzelnen an. Die Stadtbahn wird vollständig in das Strassenbahnnetz einbezogen und sämtliche Beschränkungen aufgehoben. Der Nachttarif wird ebenfalls fallengelassen. Auch die verschiedenen Sondertarife werden aufgehoben. Der einzige Sondertarif, der bleibt, wird an Feiertagen in die Frauen-eisen eingehoben. Angestellte behalten ihre Erkennungskarten, die die Ermässigung sichern, bei. Eigentlich sollte man die Kinder vollständig kostenlos befördern, da der aufgehobene Tarif nicht einmal für die Deckung der Kosten genügt. Aus Sicherheitsgründen muss man aber davon absehen. Zu betonen wäre noch, dass man mit der Strassenbahn beispielsweise nach MÖdling billiger fährt als mit der parallellaufenden Strecke der Bundesbahnen und dass die Bahnstrecke nach Strebersdorf sechzig bis siebenzig Groschen kostet, während man mit der Strassenbahn 24 Groschen zahlt. In allen Grossstädten sind nach den vorliegenden Ausweisen die Tarife höher wie in Wien, Amsterdam und Berlin haben obendrein gar keinen Umsteigeverkehr, dort muss der Passagier bei jedem Wagenwechsell eine neue Karte lösen. Unser Tarif ist den wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst und die Erhöhung insbesondere bei den Frühfahrtscheinen,

den Wochenkarten und Hin- und Rückfahrkarten, die vor der grossen Masse der Arbeiter benützt werden, derart gering, dass es geradezu ausgeschlossen ist, diese Erhöhung könnte der Anreiz zu einer Teuerungswelle sein.

G.R. Holoubek (chr. soz.) bemerkt, mit dem vorliegenden Antrage werde ein Wahlschlager aus dem Jahre 1923 begraben. Die Erhöhung sei ungerecht insbesondere wenn man bedenke, dass auch die sogenannten Kurzfahrer und das seien durchaus nicht lauter Bourgeoisdamen, den selben Fahrpreis entrichten müssen, wie die Fahrgäste auf den langen Strecken. Wirklich gerecht wäre nur ein Zonentarif. Dieser Tarif bedeute kein Geschenk an die Bevölkerung er sei keineswegs die Lösung des Klassenproblems und bleibe nach wie vor eine harte Last für die Bevölkerung.

G.R. Schätz (chr. soz.) bezweifelt die Richtigkeit der von Referenten angegebenen Ziffern des Mehrertragnisses aus der Tarifierhöhung. Nach seiner Berechnung sagt Redner muss sich ein Mehrertrag von mindestens 150 Milliarden ergeben, zählt man davon das im Referate genannte Defizit von vierzig Milliarden ab, so bleiben 110 Milliarden rein übrig. Augenscheinlich wolle die Gemeindeverwaltung durch die Tarifierhöhung die Kosten für den Stadtbahnbau hereinbekommen. Zum Schlusse stellt der Redner den Antrag auf Einführung eines Zonentarifees wonach Fahrscheine bis zu zwei Teilstrecken 12 Groschen, über zwei Teilstrecken 24 Groschen, im Vorverkauf 11 Groschen und 22 Groschen kosten sollen. An Sonntagen und Feiertagen hätten die Tagesfahrtscheine bis zu zwei Teilstrecken keine Gültigkeit.

G.R. Kunschak (chr. soz.) bezweifelt gleichfalls die Richtigkeit der von Referenten genannten Ziffern und sagt, nach seiner Berechnung müsste das Mehrertragnis rund 120 Milliarden betragen. Redner bemängelt es, dass der Hauptrechnungsabschluss für das Jahr 1924 dem Gemeinderate noch nicht vorliegt, trotzdem das Statut es vorschreibt. An der Hand der Ziffern des Rechnungsabschlusses würde man ein genaues Bild über die Grösse und die Ursachen des Defizits haben. Dass das verabsäumt wurde, sei eine Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Gemeinderate und eine geradezu leichtfertige Berichterstattung. Im Jahre 1923 habe der Referent auch von einem Defizit gesprochen und nach der Vorlage des Rechnungsabschlusses habe sich herausgestellt, dass die Strassenbahnen mit einem sehr beträchtlichen Ueberschuss abgeschlossen und sogar für 16 Milliarden Wohnbauanleihe gezeichnet haben. Was damals dem Gemeinderate über die finanzielle Seite gesagt wurde, sei also eine bewusste Unwahrheit gewesen. Man könne infolgedessen auch nicht die Behauptung über ein Defizit im abgelaufenen Jahre glauben. Redner bespricht das letzte Unglück auf der Stadtbahn und wirft die Frage auf, ob dieser schwere tödliche Unfall nicht vielleicht zu vermeiden gewesen wäre, wenn die Strassenbahnwagen anders konstruierte Trittbretter hätten. Den Zugbegleitern sollte auch eine genaue Instruktion erteilt werden, wie sie in den einzelnen Stationen das Ein- und Aussteigen der Fahrgäste zu überwachen haben. Manche Schaffner stellen sich an die Rückwand des Perrons von wo aus sie den ganzen Zug überblicken können, andere aber bleiben beim ersten Wagen stehen und begnügen sich damit, "Türen schliessen" und fertig zu rufen. Diese Schaffner können doch leicht einen aussteigenden Fahrgast überraschen. Schliesslich sei der Umstand aufzuklären, wieso bei dem letzten Unfall trotz des Bestehens einer Signalanlage die 25 Milliarden kostete, die 28te der Reihe nach in den Bahnhof Burggasse ein-

Gefahren sind, anstatt die vorgeschriebenen Haltesignale zu beachten und auf der betreffenden Stelle der Strecke stehen zu bleiben.

V i e r t e r B o g e n .

über die Kosten der Leichenhalle in Jedlesees sowie über die hierfür bewilligten Kredite.

Der Berichterstatter betont, daß die Leichenversicherung nicht in sein Ressort falle und verspricht Gemeinderat Doppler, die geforderten Aufklärungen beschaffen zu wollen. Die Zuschusskredite werden hierauf genehmigt.

St. R. Dr. Tandler berichtet ferner über den Verkauf von Trefferbeständen der Armenlotterie, die schon im letzten Jahre passiv war und nicht mehr abgehalten werden soll. Diese Gegenstände sollen durch das Dorotheum zugunsten des Wiener Allgemeinen Versorgungsfonds versteigert werden.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Thaller (soz. dem.) beantragt eine Subvention von 2000 Schilling für die im November 1925 zur Eröffnung gelangende Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien.

G.R. Kutschek (chr. soz.) sagt, dieses Unternehmen sei nichts anderes als ein Hilfsinstitut des Finanzreferenten Breitner, dazu bestimmt, seine Finanzpolitik größeren Kreisen der Bevölkerung verständlicher und appetitlicher zu machen. Er kommt dann darauf zu sprechen, daß das Komitee zur Veranstaltung einer Ausstellung für christliche Kunst, dem die bedeutendsten Künstler Wiens, auch der von der sozialdemokratischen Partei so hoch eingeschätzte Professor Hanak angehören auf sein Ansuchen um eine Gemeindegemeinschaftsubvention noch immer keine Erledigung bekommen hat. Der amtsführende Stadtrat bringt dieses Ansuchen deshalb nicht vor den Gemeinderat, weil er es in seinem Klub nicht durchbringen kann, aber der amtsführende Stadtrat ist nicht der Repräsentant seines Klubs sondern der Repräsentant der Gemeinde Wien und es ist eine Beleidigung für die im Komitee vertretenen Künstler aber auch eine Beleidigung des zur Beschlussfassung kompetenten Gemeinderates, wenn diese Angelegenheit so behandelt wird. Dabei spielt der Herr Bürgermeister sehr gerne die Rolle des grossen Kunstjägers, der für die Kunst nicht nur vollstes Verständnis sondern auch eine offene Hand hat. (Gemeinderat Rummelhardt: Siehe Volksoper!) Der Begriff christliche Kunst darf keineswegs als ein Politikum aufgefasst werden, sondern er ist ~~ähnlich~~ ^{identisch} mit dem Begriff klassische Kunst, denn die Schöpfungen des klassischen Zeitalters wären uns verloren gegangen, wenn nicht die christliche Kunst die Überlieferungen und Werke dieses Zeitalters übernommen und weiter erhalten hätte. Vom Standpunkt der Kunstfreundschaft ist die Ablehnung einer Subvention für diese ^{Ausstellung} geradezu unverständlich. Hier hätte Wien zeigen können, was es noch zu leisten im Stande ist. Die Ausstellung wäre ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Stadt geworden.

Redner stellt den Antrag, dem Komitee zur Veranstaltung christlicher Kunst eine Subvention von 3000 Schilling zu gewähren.

G.R. Thaller (soz. dem.) betont, daß die Gemeinde eine Ausstellung mit einem tendenziösen Charakter nicht subventionieren könne. Auch die Ausstellung des Malers Pann wurde nicht subventioniert (Zwischenrufe bei der Minderheit). Wien wird ein Museum erhalten, das einzig in der Welt darsteht.

Der Antrag wird abgenommen.

St. R. Weber beantragt einen Zuschusskredit von 13.330 Schilling für Instandsetzungsarbeiten an den Häusern der Gemeindegemeinschaft „Kagran“, die notwendig geworden sind.

Nachdem Gemeinderat Ulreich verschiedene Wünsche vorgebracht, die der Referent zu berücksichtigen verspricht, wird der Referentenantrag angenommen und die Sitzung vom Vorsitzenden Weigl um halb neun Uhr abends geschlossen.

G.R.Haider(chr. soz.) meint, es sei ganz falsch, wenn die Arbeiter Zeitung behaupte, dass diese Tarifpolitik als Klassenproblem beurteilt werden muss. Das sei nur ein neuer Schlag, um die Bevölkerung hinter das Licht zu führen. Die Herabsetzung der Stadtbahnpreise kommt nur zehn Prozent der Bevölkerung zugute, die übrigen neunzig Prozent müssen die Strassenbahn benützen und den erhöhten Fahrpreis zahlen. Die Erhöhung des Einzelfahrscheines bringt allein schon einen Mehrertrag von 148 Milliarden Kronen. Dazu kommt noch die Erhöhung der Preise für die Netzkarten, Streckenkarten und anderen Fahrscheinen, die wieder ein Erträgnis von 150 Milliarden Kronen ergeben. Bei einer Erhöhung hätte man sich viel mehr auf das unbedingt notwendige beschränken müssen. Diese Erhöhung aber ist unerträglich. Im Jahre 1924 soll ein Defizit von zehn Milliarden Kronen gewesen sein und für jeden Monat dieses Jahres soll ein Abgang von zweieinhalb Milliarden Kronen angenommen werden, also für 1925 dreissig Milliarden. Das sind also vierzig Milliarden Kronen Defizit. Dazu kommt noch die heute beschlossene Erhöhung der Bezüge des Personals, die nach meiner Berechnung ungefähr 34 Milliarden Kronen Mehrausgaben verursacht. Wenn man also annimmt, dass die erhöhten Ausgaben rund achtzig Milliarden Kronen ausmachen, so bleiben der Strassenbahn noch immer 115 Milliarden Kronen Reingewinn.

G.R.Angermayer(chr. soz.) bespricht die Ueberfüllung in den Strassenbahnzügen, die das Fahren geradezu zu einer Tortur gestaltet und oft mit Lebensgefahr verbunden sei. Auch bei der Stadtbahn herrschen jetzt schon Unzukömmlichkeiten. So sind bei den Stiegenaufgängen in der Station Alserstrasse Aufschriften angebracht, die erst dann Geltung haben, wenn die Donaukanallinie eröffnet sein wird. Die Fahrgäste wissen das nicht und so komme es, dass Leute, die zum Hauptzollamt fahren wollen, eine falsche Treppe hinaufgehen und erst auf dem Perron auf ihren Irrtum aufmerksam gemacht werden. Die Christlichsozialen werden gegen die Tarifierhöhung stimmen, nicht weil es sich um einen neuen Tarif handelt, sondern weil die Bedeckung nicht wie üblich nur für die normalen Ausgaben erfolgt, sondern auch die grossen Investitionen aus den laufenden Einnahmen bestritten werden. Mit diesem Vorgang muss endlich gebrochen werden.

Vizebürgermeister Emmerling antwortet eingehend auf die vorgebrachten Beschwerden. Es werden sodann die Anträge der Direktion mit den Stimmen der Mehrheit angenommen und die von der Minderheit gestellten Abänderungsanträge abgelehnt.

Vizebürgermeister Emmerling referiert dann über die Tarif und Verkehrsänderungen im Autobusverkehr.

G.R.Doppler(chr. soz.) erklärt, dass auch der neue Tarif zu hoch sei. Wenn sich drei Leute heute ein Autotaxi nehmen, kommen sie billiger weg, als im Autobus, ohne lange auf einen Wagen warten zu müssen. Er verlangt neue Linien, wie überhaupt eine Ausgestaltung des Autobusverkehrs zu erträglichen Fahrpreisen.

Die Anträge des Referenten werden angenommen, der neue Tarif tritt am 20. Oktober in Kraft.

Bürgermeister Seitz schliesst um $\frac{1}{2}$ 12 Uhr nachts die Sitzung